

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hält **Dienstag, den 28. Juni 2016, um 13 Uhr** im Lokal VIII Sitzung.

**TAGESORDNUNG**

- 1.) Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert wird, die Verpflichtung zu Bildung oder Ausbildung für Jugendliche geregelt wird (Ausbildungspflichtgesetz) sowie das Arbeitsmarktservicegesetz, das Behinderteneinstellungsgesetz und das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz geändert werden (Jugendausbildungsgesetz) (1178 d.B.)
- 2.) Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz, das Arbeiter-Abfertigungsgesetz 1979, das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, das Bauarbeitenkoordinationsgesetz und das Arbeitsinspektionsgesetz 1993 geändert werden (1185 d.B.)
- 3.) Antrag der Abgeordneten Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schutz des österreichischen Arbeitsmarktes (1130/A(E))  
(Wiederaufnahme der am 3. Dezember 2015 vertagten Verhandlungen)
- 4.) Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein, Kolleginnen und Kollegen betreffend sektorale Schließung des Arbeitsmarktes im Zusammenhang mit der Entsendung von ausländischen Arbeitnehmern nach Österreich (1505/A(E))  
(Wiederaufnahme der am 12. Mai 2016 vertagten Verhandlungen)
- 5.) Antrag der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsverfassungsgesetz geändert wird (1140/A)  
(Wiederaufnahme der am 1. Juli 2015 vertagten Verhandlungen)
- 6.) Antrag der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AIVG) geändert wird (1669/A)
- 7.) Antrag der Abgeordneten Mag. Birgit Schatz, Kolleginnen und Kollegen betreffend arbeitsmarktpolitischer Gesamtstrategie zur Integration von anerkannten Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt (1398/A(E))  
(Wiederaufnahme der am 10. März 2016 vertagten Verhandlungen)
- 8.) Antrag der Abgeordneten Mag. Judith Schwentner, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Ungleichbehandlung von Frauen in der Berechnung der Nostandhilfe durch Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (ALVG) , BGBl 1977/609, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 118/2015, abgeschafft wird (1366/A)

- 9.) Antrag der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend verpflichtende Parteistellung von Betroffenen einer Umqualifizierung bei der Schlichtungsstelle im Hauptverband der Sozialversicherungsträger (711/A(E))  
(Wiederaufnahme der am 12. Februar 2015 vertagten Verhandlungen)
- 10.) Antrag der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Rechtssicherheit bei Selbstständigkeit im Rahmen von GPLA-Verfahren (1733/A(E))
- 11.) Antrag der Abgeordneten Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Herkunftslandprinzip bei der Mindestsicherung (759/A(E))  
(Wiederaufnahme der am 10. März 2016 vertagten Verhandlungen)
- 12.) Antrag der Abgeordneten Ing. Waltraud Dietrich, Kolleginnen und Kollegen betreffend "Prüfung von Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Sozialversicherung als Anspruchsvoraussetzung für Sozialleistungen" (1239/A(E))  
(Wiederaufnahme der am 1. Juli 2015 vertagten Verhandlungen)
- 13.) Antrag der Abgeordneten Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Berücksichtigung der EuGH-Entscheidung zu Hartz IV im Zusammenhang mit der österreichischen Regelung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (1343/A(E))  
(Wiederaufnahme der am 8. Oktober 2015 vertagten Verhandlungen)
- 14.) Antrag der Abgeordneten Ing. Waltraud Dietrich, Kolleginnen und Kollegen betreffend "Reform der Ausgleichszulage in der Pensionsversicherung" (1383/A(E))
- 15.) Antrag der Abgeordneten Christoph Hagen, Kolleginnen und Kollegen betreffend "Erhöhung des nichtpfändbaren Grundbetrages von 857 Euro" (488/A(E))  
(Wiederaufnahme der am 8. Oktober 2015 vertagten Verhandlungen)
- 16.) Antrag der Abgeordneten Dr. Eva Glawischnig-Piesczek, Kolleginnen und Kollegen betreffend Anrufung des Verfassungsgerichtshofs zur Schaffung von Sicherheit bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung (1748/A(E))
- 17.) Antrag der Abgeordneten Mag. Judith Schwentner, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Verhandlungen zum Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS-Vereinbarung) (1637/A(E))  
(Wiederaufnahme der am 12. Mai 2016 vertagten Verhandlungen)
- 18.) Antrag der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Studie über mögliche Effizienzsteigerungen in den Sozialversicherungen (709/A(E))  
(Wiederaufnahme der am 3. Dezember 2014 vertagten Verhandlungen)
- 19.) Antrag der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Konkretisierung der Weisung für die Rechnungslegung und Rechnungsführung bei den Sozialversicherungsträgern und dem Hauptverband (1315/A(E))  
(Wiederaufnahme der am 3. Dezember 2015 vertagten Verhandlungen)

- 20.) Antrag der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Vermögensmanagement der Sozialversicherungsträger (1520/A(E))
- 21.) Antrag der Abgeordneten Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Potentialanalyse in den Sozialversicherungen (1176/A(E))  
(Wiederaufnahme der am 1. Juli 2015 vertagten Verhandlungen)
- 22.) Antrag der Abgeordneten Ing. Waltraud Dietrich, Kolleginnen und Kollegen betreffend "Bundesweit einheitlicher Personalschlüssel für Pflegeheime" (1236/A(E))  
(Wiederaufnahme der am 8. Oktober 2015 vertagten Verhandlungen)
- 23.) Antrag der Abgeordneten Ing. Waltraud Dietrich, Kolleginnen und Kollegen betreffend "Neuer Parkausweis für Behinderte mit kopiersicherem Hologramm" (1761/A(E))
- 24.) Antrag der Abgeordneten Mag. Helene Jarmer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Maßnahmenpaket zur Versorgung mit Hilfsmitteln zur selbstbestimmten Lebensführung (1686/A(E))

Wien, 2016 06 22

Josef M u c h i t s c h  
Obmann

---

**A v i s o**

Es ist in Aussicht genommen, die Tagesordnungspunkte 2 bis 8, 9 und 10, 11 bis 17, 18 bis 21 sowie 22 bis 24 jeweils unter einem zu verhandeln.

Außerdem ist vorgesehen, diese Sitzung bis 17 Uhr zu beenden.